

Nürnberg, 08.03.2020

Pressemitteilung: Bald keine Maskenpflicht in der Innenstadt?

NÜRNBERG – Die allgemeine Maskenpflicht in großen Teilen der Nürnberger Innenstadt steht auf wackligen Beinen. Geklagt hatte der Nürnberger Rechtsanwalt Eser Polat, er hält die Anordnung für unverhältnismäßig, solange der Einzelhandel weitgehendst geschlossen bleibt und man den notwendigen Abstand zueinander einhalten kann. Das Verwaltungsgericht Ansbach gab ihm in einem Eilverfahren recht und spricht von "Ermessensfehlern". Nun soll ein immenser Eingriff in unsere Grundrechte erfolgen. Aus einem Emailverlauf zwischen der Stadt Nürnberg und der Polizeiinspektion MFR geht hervor, dass über eine Allgemeinverfügung in Bezug auf ein generelles Versammlungsverbot auf dem Lorenzer Platz gesprochen wird. Die Begründung macht uns Freie Demokraten Nürnberg sprachlos, anbei der Emailverlauf als Zitat: „Sowohl die PI Mitte als auch das PP sprechen sich gegen die Nutzung des Lorenzer Platzes als Versammlungsfläche aus. Hintergrund ist die Nähe zur Innenstadt und die unregelmäßigen, aber sehr häufige spontane Anfahrt des MP Söder am Lorenzer Platz. Eine Querdenker Demo, die den MP als Gegenüber hat möchten wir vermeiden.“ „Ich bin empört darüber, mit welcher Leichtigkeit Grundrechte für einen Ministerpräsidenten ausgehebelt werden. Eine solche Begründung hat einen herben Nachgeschmack und frustriert mich. Wir sind bereit auch strenge Maßnahmen zu akzeptieren, jedoch müssen sie wissenschaftlich fundiert und nachvollziehbar sein, aber vor allem eine Perspektive geben. Das aktuelle Vorgehen scheint dagegen unverhältnismäßig. So viel staatliches Durchgreifen wünschen wir uns einmal beim Impfen, der Schuldigitalisierung und den Wirtschaftshilfen. Den Menschen wird aktuell immer mehr abverlangt, während die Verwaltung und Regierung an vielen Stellen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Es wird höchste Zeit, dass sich etwas ändert.“ kommentiert Marco Preißinger der Bundestagskandidat der FDP Nürnberg.

„In einem Rechtsstaat darf es keinesfalls passieren, dass der Staat Maßnahmen anordnet, ohne vorher die Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Gerade in Krisenzeiten muss unser Rechtsstaat funktionieren, um nicht zuletzt auch Verschwörungstheoretikern und Demokratiegefährdenden kein Auftrieb zu verleihen.“ ergänzt Eser Polat der Rechtsanwalt im Gespräch mit Marco Preißinger.